

Antrag auf selbstständige Einbürgerung von Kindern unter 16 Jahren

Stand März 2023

Eingang
(wird von der Einbürgerungsbehörde ausgefüllt)

Nur Zuständig bei Wohnort im Stadtkreis Freiburg:

Einbürgerung
Abteilung für Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht
Amt für Migration und Integration
Berliner Allee 1, 79114 Freiburg

Telefon: 0761/201-8080; Telefax: 0761/201-6495
E-Mail: einbuengerung@stadt.freiburg.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montag bis Freitag von
8:00 - 12:00 Uhr
Weitere Informationen sowie unsere Merkblätter erhalten
Sie auf unserer Website: www.freiburg.de/einbuengerung

HINWEIS

- * Der Antrag ist **unterschieden und im Original ausschließlich schriftlich per Post zu senden.**
- * Ab 16 Jahren ist das normale Antragsformular zu verwenden.
- * Der Antrag ist **vollständig auszufüllen und alle Fragen zu beantworten. Nichtzutreffendes ist entsprechend zu kennzeichnen.**

Reicht der Platz im Antragsformular nicht aus, ist ein separates Blatt zu verwenden.

Bitte ein aktuelles
Lichtbild einkleben
(kein biometrisches notwendig)

Ich/ Wir beantrage/n die Einbürgerung für unser Kind und mache/n dazu folgende Angaben:

1. Personalien des Kindes

Familienname	
Ggf. Geburtsname	
Ggf. frühere Namen	
Vorname/n	
Geburtstag	
Geburtsort, Land	
Derzeitige Anschrift	
Telefon (Eltern)	<input type="checkbox"/> Festnetz: <input type="checkbox"/> Handy:
Name des Kindergartens/ der Schule	
Kindergarten-/ Schulbesuch seit	
Art der Ausweispapiere	<input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reiseausweis/ Ausweisersatz
↻ Ausweis-Nummer	
↻ Ausstellungsbehörde	
↻ Ausstellungsdatum	
↻ Gültigkeitsdatum	

2. Eltern

	Vater	Mutter
Ort, Land und Datum der Eheschließung		
Familienname		
Ggf. Geburtsname		
Vorname/n		
Geburtstag		
Geburtsort, Land		
Staatsangehörigkeit		
Volkszugehörigkeit		
Wohnort, Land		
Leibliche Eltern	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Adoptiveltern	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
↳ Annahme als Kind erfolgt durch		
verstorben	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am
Ehe besteht heute noch	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

3. Status des Kindes

derzeitige Staatsangeh.		
↳ Erworben durch		
Volkszugehörigkeit		
Nachweis Art des Nachweises (Pass, Staatsangehörigkeitsurkunde, Naturalisationsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
frühere Staatsangeh.		
↳ Erwerbs- und Verlustgrund		
Nachweis des Verlustes Art des Nachweises (Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Besonderer Status	<input type="checkbox"/> Vertriebene/r <input type="checkbox"/> ausl. Flüchtling <input type="checkbox"/> heimatloser Flüchtling <input type="checkbox"/> Asylberechtigte/r	
Art des Nachweises (Vertriebenenausweis, Reiseausweis, Anerkennungsbescheid usw.)		
Gründe für Asylgewährung		
Gründe bestehen weiterhin?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein



4. Aufenthalt des Kindes

Aufenthaltserl. befristet	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	gültig bis
Aufenthaltserl. unbefristet	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	
Freizügigkeitsberechtigt (EU)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	

Aufenthaltszeiten und –orte von Geburt an

Aufenthalte außerhalb Deutschlands		Ort, Land
von	bis	in

Aufenthalte in Deutschland		Ort, Bundesland
von	bis	in

5. Schulbildung des Kindes

Zeitraum (von – bis)	Schulart	Ort	Abschluss
von bis			

6. Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Ermittlungsverfahren des Kindes (ab 14 Jahren)

Ungetilgte Vorstrafen	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Angaben zur Vorstrafe <small>(Datum, Tatbestand, Behörde/Gericht, Strafmaß)</small>		
Ordnungswidrigkeiten (ab 500,00 Euro)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Angaben näher erläutern <small>(Datum, Tatbestand, Geldbuße)</small>		
Ermittlungsverfahren	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Angaben über Verfahren <small>(Datum, Tatbestand, Behörde/Gericht, ggf. Ausgang)</small>		

7. Wirtschaftliche Verhältnisse des Kindes und der Eltern

7.1 Einkommen der Eltern

Netto-Einkommen	Vater	Euro <input type="checkbox"/> Monat <input type="checkbox"/> Jahr
	Mutter	Euro <input type="checkbox"/> Monat <input type="checkbox"/> Jahr

7.2 Bezug von Leistungen

Bezug von Leistungen nach SGB II (ALG II) bzw. SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung)	früher	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, bis:	
	heute	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Euro
Bezug von Wohngeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, Arbeitslosengeld I	heute	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Euro



**7.3 Unterhaltsansprüche des Kindes,
Unterhaltszahlungen/ Unterhaltsvorschussleistungen eines Elternteils**

Unterhaltsanspruch/ Unterhaltszahlungen	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja Euro
Unterhaltspflichtiger	Name	
	Anschrift	
	Netto-Ein- künfte	Euro <input type="checkbox"/> Monat <input type="checkbox"/> Jahr

8. Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin/ Wir sind bereit, für mein/ unser Kind die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit/en herbeizuführen und verpflichte/n mich/ uns, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

ja nein

Wenn nein, bitte Begründung:

9. Begründung des Einbürgerungsantrages

10. Sonstiges

Die Einbürgerung in Deutschland wurde bereits schon einmal beantragt:

nein ja, am _____ bei _____

- Antrag wurde aus folgenden Gründen abgelehnt: _____
- Antrag wurde aus folgenden Gründen zurückgenommen: _____
- sonstiges: _____



Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Nach § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz dürfen die mit der Ausführung des Staatsangehörigkeitsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes oder staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Einwilligungserklärung der antragstellenden Person/en

Die Ausländerakten werden von der Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Einbürgerungs-voraussetzungen benötigt. Kann die Ausländerakte wegen Verweigerung der Einwilligung nicht beigezogen werden, muss der Einbürgerungsantrag abgelehnt werden.

Mit der Akteneinsicht in die über mein Kind geführte Ausländerakte bin ich/ sind wir einverstanden.

Mit der Auskunftserteilung durch Sozialleistung bewilligende Stellen, die Wohngeldstelle, die Agentur für Arbeit, das Jugendamt und das Amt für Ausbildungsförderung sowie die Finanzbehörden und die Meldebehörden zu den Aufenthaltsorten im Bundesgebiet bin ich/ sind wir einverstanden.

Gebühr

Mir/ Uns ist bekannt, dass für die Einbürgerung oder ihre Ablehnung oder bei Zurücknahme des Antrags eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist.

Mir/ Uns ist eröffnet worden, dass grundsätzlich gemäß § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz für die selbstständige Einbürgerung eines Kindes eine Gebühr von **255,- Euro** erhoben wird.

Die Ablehnung oder die Rücknahme des Einbürgerungsantrags ist gemäß § 3a Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung ebenfalls gebührenpflichtig.

Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit meiner/unserer Angaben

Mir/ Uns ist bekannt, dass gemäß § 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen die Einbürgerung zu erschleichen. Ich bin/ Wir sind zudem darauf hingewiesen worden, dass eine Einbürgerung zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzliche unrichtige oder unvollständige Angaben, die wesentlich für sie gewesen sind, erwirkt worden ist (§ 35 Staatsangehörigkeitsgesetz).

Ich/ Wir verpflichte/n mich/ uns, Änderungen in persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

Freiburg im Breisgau, den

(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift des gesetzlichen Vertreters/ Vaters)

.....
(Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/ Mutter)

